

Human Rights Watch – Wenzel Michalski
Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung im Menschenrechtsschuss
„Religionsfreiheit: Die menschenrechtliche Lage religiöser Minderheiten in China“

1. Welche Bedeutung hat Religionsfreiheit historisch und was sind die Ursachen für die Stellung von Religionen in China heute? (CDU/CSU)

Die Verfassung der Volksrepublik China begrenzt die Religionsausübung auf fünf offizielle anerkannte Religionen: Daoismus, Buddhismus, Islam, evangelisches und katholisches Christentum. Die Religionen können nur in offiziell dafür vorgesehenen Einrichtungen praktiziert werden. Die Behörden kontrollieren die Ernennung der Vertreter der jeweiligen Religionsgruppen, deren Veröffentlichungen, Finanzen und die Durchführung von Seminaren. Viele religiöse Gruppen, die sich außerhalb der Kontrolle des Staates bewegen, werden als „böse Kulte“ betrachtet und ihre Anhänger verfolgt, gefoltert und willkürlich verhaftet. Zahlreiche Einschränkungen sind in der Parteisatzung und in nationalen und lokalen Gesetzen festgeschrieben.

Seit Beginn der Präsidentschaft Xi Jingspings unterliegen alle Religionsgemeinschaften einer noch stärkeren Kontrolle. Dies reicht von der Kontrolle der Geschäftsführung über den Zugang von Kindern zu religiöser Bildung bis hin zu den Kontakten, die eine Religionsgruppe in China zu ihren Ansprechpartnern außerhalb des Landes haben kann. Beispielhaft dafür stehen folgende Entwicklungen aus dem Jahr 2018.

Im Februar traten neue „Regelungen zu religiösen Angelegenheiten“ in Kraft, durch die im „Kampf gegen Extremismus“ nicht autorisierter Unterricht und die Teilnahme an Seminaren oder Treffen im Ausland verboten wurden. Im August demonstrierten Tausende Hui-Muslime gegen die Zerstörung ihrer Moschee in Weizhou; die Behörden hatten auch islamische Ikonen und Schriftzeichen in der Region Ninxia von den Straßen entfernt. Während des gesamten Jahres gingen die Behörden in der Provinz Henan gegen christliche Kirchen vor, ganze Kirchen oder Kreuze auf den Kirchen wurden zerstört, Gläubige davon abgehalten, in Hauskirchen zu beten, und Bibeln wurden konfisziert. Die Unterdrückung in Tibet und Xinjiang verschärfte sich.

Die Kommunistische Partei (KP) sieht in Religionsgemeinschaften eine potentielle Gefahr, sobald sie sich außerhalb der Partei organisieren, und geht deshalb massiv gegen unabhängige Gruppen vor.

2. Inwieweit stellen religiöse Glaubensgemeinschaften aus Sicht der KP Chinas eine Herausforderung für ihren Machtanspruch dar und wie schätzen Sie deren tatsächliche Ressourcen dazu ein? (SPD)

Die chinesische Regierung und die KP, die sich offiziell als atheistisch bezeichnen, sehen die Religion seit langem als eine alternative Form von Macht oder Identität und damit als potentielle Bedrohung an. Wie tief dieses Denken verankert ist, zeigt sich von der Entführung des sechs Jahre alten Panchen Lama 1995 über die Installierung von Überwachungskameras in Moscheen in Xinjiang bis hin zu der jahrelangen Auseinandersetzung mit dem Vatikan über die Bischofswahl. Religionsgruppen haben kaum Mittel, um dagegen vorzugehen: Sie können sich entweder staatlicher Kontrolle unterwerfen oder begeben sich in Gefahr, von den Behörden verfolgt zu werden.

3. Welche Informationen können Sie dem Ausschuss zu Umerziehungslagern der chinesischen Zentralregierung geben, insbesondere hinsichtlich der Anzahl der Lager sowie der internierten Personen, der Vorwürfe unter deren Zuhilfenahme Internierungen stattfinden, möglicher Rechtsmittel und der Haftbedingungen? (FDP)

Human Rights Watch schätzt, dass etwas 1 Millionen Menschen in Xinjiang interniert sind. Davon sind Menschen aller Altersstufen betroffen – so auch Kinder, schwangere Frauen oder ältere Menschen; auch Menschen mit Behinderung sind in den Umerziehungslagern. Wir haben keine Angaben zur Anzahl der Lager.

Meistens beinhalten die Vorwürfe, unter deren Zuhilfenahme Internierungen durchgeführt werden, dass in irgendeiner Form eine Verbindung ins Ausland bestehe – vor allem bei Kontaktaufnahme mit Ländern, die sich auf der Liste der „26 sensiblen Länder“ befinden, zu denen Kasachstan, die Türkei,

Malaysia und Indonesien gehören. Inhaftierungen in Umerziehungslagern erfolgen etwa bei geplanten Reisen ins Ausland, bei doppelter Staatsbürgerschaft und dem Verwenden der Abkürzung des anderen Landes in der WeChat ID. Auch ehemalige chinesische Staatsangehörige, die mittlerweile eine andere Staatsbürgerschaft angenommen haben und nach China zurückkommen, werden aufgrund ihres Auslandsaufenthalts interniert. Bereits die Nutzung von ausländischen Kommunikationsmitteln wie Whatsapp kann als Grund verwendet werden, Personen zu internieren.

Den Inhaftierten stehen keine Rechtsmittel zur Verfügung – hauptsächlich weil es keine rechtliche Grundlage für die Internierung gibt: Die Vergehen, die den Beschuldigten vorgeworfen, sind offiziell keine Straftaten unter chinesischem Recht. Infolgedessen besitzen die Insassen in Umerziehungslagern keinen Anspruch auf rechtliches Gehör oder Anwälte.

In den Lagern findet politische Indoktrination statt, die systematisch und zum Teil mit Militärmaßnahmen durchgesetzt werden. Insassen werden gefoltert und misshandelt. Die Dauer des Aufenthalts hängt u.a. davon ab, wie schnell die Internierten die chinesische Sprache oder auch Propagandalieder lernen und bereit sind, ihrer Religion abzuschwören. Die Umerziehungslager sind geprägt von einem omnipräsenten, ausgefeilten Überwachungssystem, mit dem die Inhaftierten rund um die Uhr bewacht und kontrolliert werden.

Neben den Umerziehungslagern sind auch außerhalb der Lager turkstämmige Muslime in Xinjiang Repressionen ausgesetzt. Sie sind dazu verpflichtet, Sprachkurse für Mandarin zu besuchen und an Flaggen-Zeremonien teilzunehmen. Auch Überwachung ist allgegenwärtig. Neben der Mobilisierung von über einer Million Polizeibeamter, die explizit zur Überwachung der Menschen in Xinjiang verantwortlich sind, ruft die Regierung die Bevölkerung dazu auf, die eigenen Nachbarn zu bespitzeln, wobei gerade das Praktizieren von Religionen, insbesondere des Islams, zu melden sind.

Darüber hinaus spielen Massenüberwachungssysteme eine zentrale Rolle: hierzu zählt die Registrierung von QR codes, biometrische Daten, Telefonnummern, persönliche Kontakte, die durch künstliche Intelligenz, Telefon-Spionageprogramm sowie Big Data erkannt werden. Bereits Telefongespräche, Kontaktaufnahme mit dem Ausland, Reiseplanungen werden registriert. Human Rights Watch hat auch dokumentiert, wie die Polizei in Xinjiang über eine App auf Mobiltelefonen Personendaten sammelt und Menschen markiert, die als potenziell gefährlich eingestuft werden.

Zahlreiche Checkpoints und Passkontrollen gehören zum Alltag in Xinjiang; es gibt strikte Grenzkontrollen, die das Ein- und Ausreisen von Menschen einschränken oder unmöglich machen. Die „Strike Hard Campaign against Violent Terrorism“ hat auch dazu geführt, dass Kinder, deren Eltern inhaftiert wurden, von ihren Familien getrennt werden.

4. Seit 20 Jahren gibt es den Vorwurf der systematischen erzwungenen Organentnahme bei Gewissensgefangenen in chinesischen Straflagern. Es gab groß angelegte Studien und Berichte, insbesondere seit dem Jahr 2006. Wie ist die Beweislage jetzt, und kann man, jenseits des begründeten Zweifels, davon ausgehen, dass die Vorwürfe an die chinesischen Behörden stimmen? (AfD)

Die chinesische Regierung hat in der Vergangenheit eingestanden, dass sie Organe von hingerichteten Gefangenen entnommen hat. Sie wies jedoch darauf hin, dass sie vor der Exekution die Zustimmung der betroffenen Person oder von Angehörigen eingeholt habe. Die Behörden haben zudem behauptet, dass die nationale Datenbank zu Organspenden, die vor einigen Jahren eingerichtet wurde, die Abhängigkeit von den Organen hingerichteter Gefangener verringern solle. All diese Behauptungen müssen jedoch dringend unabhängig und transparent untersucht werden.

5. Warum vollzog die kommunistische Regierung im Jahr 1999 eine Kehrtwende bezüglich Falun Gong? Warum gab es zuvor eine öffentlich artikulierte Förderung der Bewegung und mit dem Aufruf von Jiang Zemin „Zerstört ihren Ruf, ruiniert sie finanziell und vernichtet sie physisch!“ den radikalen Wechsel? (AfD)

Human Rights Watch hat seit 2002 keine eigenen Untersuchungen mehr zur Falun Gong-Bewegung durchgeführt. In dem Bericht aus dem Jahr 2002 haben wir dargelegt, warum Falun Gong von der Regierung immer stärker als Gefahr für die gesellschaftliche Stabilität in dem Land und damit auch für die Kommunistische Partei wahrgenommen wurde. Falun Gong wurde im Laufe immer professioneller und die Anhängerschaft immer größer, so dass befürchtet wurde, mehr und mehr unzufriedene Teile der städtischen Bevölkerung, aber auch Bauern könnten sich der Bewegung anschließen.

Zunehmende Mobilität, Flexibilität in der Arbeitsplatzwahl und neue Kommunikationsmittel verschärften das Risiko, dass immer mehr Menschen die Bewegung unterstützen könnten. Zudem waren zahlreiche Sicherheitskräfte praktizierende Anhänger von Falun Gong. Schließlich sah Präsident Jiang Zemin die Bewegung als eine Gefahr für eine starke KP und damit für sein politisches Erbe.

6. Werden Einzelpersonen, die sich für religiöse Minderheiten in China, wie die Uiguren, einsetzen, außerhalb der Volksrepublik China überwacht, verfolgt und/oder eingeschüchtert? Und wenn ja, inwieweit? (FDP)

Einzelpersonen, die sich für religiöse Minderheiten in China einsetzen, werden außerhalb Chinas überwacht, verfolgt und eingeschüchtert. Wir haben vor allem den Fall von Dolkun Isa, Präsident des World Uyghur Congress, beobachtet, als die chinesische Regierung ihm im April 2018 den Zutritt zum UN-Hauptsitz in New York verweigern wollte. Er sollte dort an der Konferenz des ständigen Forums für indigene Völker teilnehmen. Herr Isa nimmt auch als Sachverständiger an der Anhörung teil und kann deshalb aus erste Hand berichten.

Zudem hat Human Rights Watch dokumentiert, dass von Chinas Regierung unterstützte chinesische Studentengruppen in Kanada gegen Studenten oder Aktivisten aus Xinjiang und Tibet demonstriert haben, die sich kritisch über die chinesischen Regierung äußerten.

7. Wie reagiert die chinesische Bevölkerung auf die digitale Überwachung religiöser Minderheiten in Xinjiang und wie wirkt sich diese Form der Kontrolle auf die gesamte Gesellschaft aus? (SPD)

Große Teile der Bevölkerung in China haben nur Zugang zu Informationen, die von der chinesischen Regierung und der KP überprüft wurden. Viele sind deshalb davon überzeugt, die von den Behörden verbreitete Darstellung sei richtig, dass die Stabilität in Xinjiang ernsthaft bedroht und die Antwort des Staates gerechtfertigt sei. Zudem wird von den Behörden verbreitet, dass ethnische Minderheiten im Allgemeinen Vorteile erhalten, dazu gehört etwa der Zugang zu Bildung und die Erlaubnis, mehr Kinder zu bekommen als die Mehrheitsbevölkerung, was bei vielen zu weiteren Vorbehalten führt.

Gleichzeitig wächst aber auch die Sorge darüber, dass die digitale Überwachung zunimmt und die Privatsphäre immer stärker eingeschränkt wird. Auch landen diejenigen, die sich gegen die Sichtweise der Behörden aussprechen im Gefängnis, wie etwa der uigurische Wirtschaftsprofessor Ilham Tohti.

8. Welche Konsequenz hat die chinesische Umerziehungspraxis, die weiterhin massiv zunimmt, und welche Reaktion westlicher Demokratien kann zum Schutz religiöser Minderheiten wie der Christen, der muslimischen Uiguren und der buddhistischen Tibeter sowie anderer in China beitragen? (CDU/CSU)

Die Umerziehungslager in Xinjiang haben eine katastrophale Wirkung auf die Identität der turkstämmigen Muslime in der Region. Die chinesische Regierung versucht, deren Religion, Sprache, Kultur und Tradition zu zerstören, indem sie deren Angehörige demütigt, willkürlich verhaftet und unterdrückt. Selbst wenn alle Personen freigelassen würden, die jetzt willkürlich in Umerziehungslagern festgehalten werden, kehrten diese in eine vollständig kontrollierte Gesellschaft zurück. Zudem sendet die mit den Umerziehungslagern verbundene Stigmatisierung der Uiguren auch ein Signal, wie mit anderen als „gefährlich“ eingeschätzten Gruppen umgegangen werden kann, und rechtfertigt deren Verfolgung, Einschüchterung, Überwachung und Vergeltung gegen ganze Familien. Die Angriffe gegen die tibetanische Kultur, gegen Han-Christen, aber auch gegen nicht-religiöse Gruppen, wie Regierungskritiker, stehen beispielhaft dafür.

Chinesen, die sich noch an die Kulturrevolution (1966 bis 1967) erinnern, haben deutlich vor Augen, was „Umerziehung“ damals bedeutet hat, und betrachten deshalb die derzeitige Entwicklung mit großer Sorge. Und es gibt eine wachsende Unzufriedenheit im Land darüber, dass die Partei unter Präsident Xi mehr „politische Bildung“ in Schulen, in der Arbeit und via Apps einfordert.

Die internationale Gemeinschaft muss diese Menschenrechtsverletzungen bilateral und in internationalen Foren sowie auf allen Ebenen immer wieder klar und deutlich ansprechen – auch in der Öffentlichkeit. Auch sollen Regierungen stärker mit Diaspora-Gruppen zusammenarbeiten, sich mit deren Vertretern treffen und sich darüber austauschen, welche Unterstützung die Gruppen konkret

benötigen. Dazu gehört auch, den Dalai Lama in Dharamsala zu treffen und von der chinesischen Regierung einzufordern, dass die Tibeter selbst ihren nächsten Dalai Lama bestimmen können. Zudem soll Betroffenen Asyl gewährt werden.

9. Welche Zusammenhänge sehen Sie zwischen der systematischen Unterdrückung religiöser Minderheiten in China, den Bestrebungen, auf nationaler Ebene Stabilität zu sichern sowie die Energieversorgung zu gewährleisten, und dem Ausbau politischer und wirtschaftlicher Einflussnahme auf internationalem Parkett, und welche Schritte halten Sie für besonders vielversprechend, um die schweren Menschenrechtsverletzungen an religiösen Minderheiten, insbesondere in Xinjiang und Tibet, aufzuarbeiten und China dazu zu bewegen, dieses Vorgehen zu beenden? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wirtschaftlicher Wachstum in China und der Ausbau des Handels durch die chinesische Regierung sind eng mit dem Zugang zu Rohstoffen und der Sicherung von Handelswegen verbunden. Die Belt and Road Initiative, durch die dies erreicht werden soll, stellt deshalb einen wesentlichen Faktor dar, warum die chinesische Regierung die Unterdrückung der Uiguren in letzter Zeit verschärft hat. Auch die Unterdrückung der Tibeter ist u.a. mit Bodenschätzen in Tibet verbunden.

Angesichts der schweren Menschenrechtsverletzungen sollte eigentlich der UN-Sicherheitsrat zu den beiden Regionen aktiv werden, der jedoch durch Chinas Veto blockiert ist. Auch im UN-Menschenrechtsrat setzt die chinesische Regierung alles daran, damit die Unterdrückung in Xinjiang und Tibet nicht auf die Tagesordnung kommt. Deshalb sollen sich möglichst viele Staaten in einer internationalen Koalition so lange zusammenschließen. Sie sollen das Thema auf der Tagesordnung halten, bis sich die chinesische Politik wesentlich ändert, diese Änderung auch von unabhängigen Beobachtern bestätigt werden kann und/oder für die Lage in Xinjiang/Tibet ein angemessener Justizmechanismus eingesetzt wurde, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Die internationale Koalition von Staaten sollte (1) sich regelmäßig in den Hauptstädten der teilnehmenden Staaten treffen und die Ergebnisse der Gespräche öffentlich machen, um den Druck auf Peking zu erhöhen. (2) Sie sollte systematisch Informationen über die Unterdrückung in Xinjiang/Tibet und Chinas Maßnahmen gegen die Diaspora-Gemeinden sammeln, teilen und auswerten. (3) Sie sollte sich von Experten etwa über die mögliche Errichtung neuer Lager, besonders betroffene Bevölkerungsgruppen, die Lage von Kindern, die von ihren Eltern getrennt wurden, und Angriffe gegen Diaspora-Gruppen unterrichten lassen. (4) Die Koalition sollte gemeinsame politische Positionen, etwa bei Asylgesuchen, Angriffen gegen Diaspora-Gruppen sowie beim Einfordern der Sorgfaltspflicht von Unternehmen in der Region entwickeln. (5) Sie sollte unmittelbar Betroffene und deren Familien unterstützen. (6) Sie sollte sich für eine UN-Untersuchungskommission und einen Justizmechanismus einsetzen, so dass langfristig die Verantwortlichen für die Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft gezogen werden können.

Zudem soll der UN-Generalsekretär und andere führende UN-Vertreter die Menschenrechtsverletzungen gegenüber der chinesischen Regierung öffentlich und in privaten Gesprächen aufgreifen. Auch sollen die Vereinten Nationen Aktivisten aus Xinjiang und Tibet unterstützen, so dass sie ohne Einschüchterung durch die chinesische Regierung vor UN-Menschenrechtsmechanismen sprechen dürfen.

10. Wie sollte eine kohärente deutsche China-Politik aussehen angesichts massiver Menschenrechtsverletzungen, insbesondere gegenüber religiösen Minderheiten aber auch weitreichender Eingriffe in das Recht auf Privatsphäre oder die Meinungsfreiheit und wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund die Kohärenz der China-Politik der Bundesregierung? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts der massiven Menschenrechtsverletzungen soll die Bundesregierung Menschenrechtsfragen in allen Politikbereichen gegenüber China berücksichtigen und ansprechen. Dafür sind regelmäßige Treffen der verschiedenen Ressorts wichtig, in denen die Menschenrechtslage in China erörtert und eine gemeinsame Position in den verschiedenen Politikbereichen abgestimmt wird. Auch sollte die Verbesserung der Menschenrechtslage als Bedingung für Fortschritte in anderen Politikbereichen gesetzt werden. Zudem sollten vor und nach Ministerreisen nach China Experten aus der Zivilgesellschaft zur Menschenrechtslage gehört werden.

Im internationalen Vergleich setzt sich die Bundesregierung wesentlich stärker für den Menschenrechtsschutz in China ein, als dies andere Länder leisten. Meist fehlen aber in

internationalen Gremien verbündete Staaten. Deshalb ist mehr Engagement für eine internationale Koalition nötig.

Konkret fordern wir von der Bundesregierung, (1) sich für das Ende der Umerziehungslager in Xinjiang und die Freilassung aller willkürlich Inhaftierten weiter einzusetzen. (2) Die Menschenrechtssituation religiöser Minderheiten soll auf allen Ebenen mit chinesischen Regierungsvertretern öffentlich und in privaten Gesprächen angesprochen werden. (3) In internationalen Gremien, wie im Menschenrechtsrat und als nicht-ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat, soll die Bundesregierung dabei eine Führungsrolle einnehmen. (4) Deutschland soll Sanktionen gegen den Parteisekretär für Xinjiang, Chen Quanguo, und andere führende chinesische Beamte verhängen, die für schwerste Menschenrechtsverbrechen gegen religiöse Minderheiten und andere Gruppen verantwortlich sind. (5) Die Bundesregierung soll von deutschen Unternehmen ihre Sorgfaltspflicht einfordern, wenn sie etwa in Xinjiang investieren, damit sie nicht für die chinesische Unterdrückungspolitik mitverantwortlich werden. (6) Zudem soll die tibetische und uigurische Gemeinde in Deutschland unterstützt werden, auch durch symbolische Gesten, wie ein Treffen mit dem Dalai Lama.

11. Welche Beispiele gibt es für eine politische Instrumentalisierung von Religion in China (z.B. durch religiösen Extremismus und zur Beförderung separatistischer Bestrebungen), die eine berechnete Gefahr für die Regierung in Peking darstellen und wie kann und sollte die chinesische Regierung Ihrer Meinung nach darauf reagieren? (DIE LINKE.)

Wir sehen zurzeit nicht, dass innerhalb Chinas die politische Instrumentalisierung von Religion eine berechnete Gefahr für die Regierung darstellt. Bei extremistischen Anschlägen, wie 2014 in Urumqi, oder separatistischer Gewalt soll die Regierung mit rechtsstaatlichen Mitteln darauf reagieren. Die Vorfälle sollen unabhängig und neutral untersucht werden; exzessive Gewalt bei den Ermittlungen muss verhindert werden; Verdächtige sollen Zugang zu einem Anwalt haben, einem Richter vorgeführt werden und bei Anklage ein faires Verfahren erhalten. All diese Bedingungen werden von der chinesischen Regierung jedoch nicht erfüllt.

12 Inwieweit wird das Christentum, welches neben dem Islam zu den anerkannten Religionen in China gehört, Ihrer Meinung nach von Kirchen und Organisationen aus dem westlichen Ausland instrumentalisiert, um der Ausbreitung vermeintlich westlicher Werte- und Moralvorstellungen in China Vorschub zu leisten und den gelebten Laizismus im heutigen China zu untergraben? (DIE LINKE.)

Human Rights Watch hat keine Untersuchungen dazu durchgeführt, ob das Christentum in China von Kirchen und Organisationen aus dem westlichen Ausland instrumentalisiert wird. Doch die Forderung nach Religionsfreiheit - und damit auch der Ausübung der christlichen Religion - ist keine Vorstellung, die von außen auferlegt wird. Sie ist verankert in internationalen Menschenrechtsverträgen und wird von den Religionsgruppen in China selbst eingefordert.

Berlin, 6. Mai 2019